

# Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim  
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße  
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 26. November 2010

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 11 / 2010 II

## Brüderle ohne Plan für schlüssige Industriepolitik

Garrelt Duin eröffnet Bundestagsdebatte über Wirtschaft und Technologie / Regierung sorgt nicht für Binnennachfrage

Der konjunkturelle Aufschwung ist kein Verdienst der heutigen Bundesregierung, sondern tatkräftiger Arbeitnehmer, kluger Unternehmer und einer konsequenten Politik der Großen Koalition mit zwei Konjunkturprogrammen. Das sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Garrelt Duin, während der Haushaltsdebatte um den Einzelplan „Wirtschaft und Technologie“. Er war erster Redner der Debatte.

Duin zitierte das Jahresgutachten der Wirtschaftsweisen, in dem es zum Aufschwung heißt: „Der Beitrag der Bundesregierung (unter Merkel) ist beschränkt.“

Der Aufschwung, so Duin, sei durch mehrere Risiken bedroht. Es fehle die Balance zwischen Export und Binnennachfrage. Wirtschaftsminister Brüderle, FDP, drücke sich vor der Antwort darauf, wie die Binnennachfrage auf Dauer gestärkt werden könne. Er hielt dem Wirtschaftsminister vor, nichts gegen den Missbrauch der Leiharbeit zu tun.

Duin vermisst bei Brüderle eine Strategie, in der Europäischen Union deutsche Belange durchzusetzen, zum Beispiel bei Energie und Steinkohle-Förderung.

Die Regierung, so Duin, dreht der Erneuerbaren Energie durch



Schlagabtausch im Bundestag zum Haushalt des Bundeswirtschaftsministeriums für 2011.

die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke den Hahn ab, schadet mit ihrer Politik aber auch Industrieunternehmen mit hohem Energieverbrauch, auf die in vielen Fällen nicht verzichtet werden kann. Damit unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt, braucht die Forschung mehr Impulse. Duin: „Ohne steuerliche Anreize für die Forschung wird diese ins Ausland abwandern. Dafür gibt es Anzeichen.“ Die SPD verlangt eine schlüssige Industriepolitik, zu der auch die steuerliche Forschungsförderung gehört. Ein Konzept der Regierung vermisst Duin auch beim Ausbau der Breitbandnetze. Selbst Indonesien sei da weiter.

## Regierung lässt den Mittelstand im Stich

Empfindliche Kürzung der erfolgreichen Regionale Wirtschaftsförderung / Bürokratieabbau kommt nicht voran

Die Bundesregierung und vor allem ihr Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, FDP, schwingen sich gern zu Hütern des Mittelstandes auf. Der Hinweis auf den Mittelstand fehlt in keiner Sonntagsrede.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Das wurde jüngst deutlich

auf dem „Tag des Mittelstandes“ der SPD-Bundestagsfraktion im Reichstag in Berlin (wir berichteten im vorigen Newsletter). Kaum ein Mittelständler, der sich nicht über Misslichkeiten beschwerte, um die sich die Bundesregierung nicht kümmert. Fast alle klagen, dass Banken sich schwer tun, Kredite zu geben. In Ostfriesland

sollen Sparkassen und Genossenschaftsbanken allerdings weniger zurückhaltend vorgehen.

Mit dem Bürokratieabbau kommt die Regierung auch nicht voran. Unnötige Bürokratie mit unzähligen Meldepflichten kosten die Unternehmen bares Geld. Besonders trifft den Mittelstand die

Kürzung der Regionalen Wirtschaftsförderung. Dieses so genannte GRW-Programm ist das erfolgreichste, das es je für Unternehmen gab. Garrelt Duin: „Die Regierung schadet kleinen und mittleren Betrieben, dass sie die Mittel so stark stützt.“ Die Förderung gibt oft den letzten Anstoß für eine Investition.

# Mut zur Sozialdemokratie

Garrelt Duin beschreibt die Lage der SPD / Sechsseitiges Positionspapier erregt hohes Aufsehen in Politik und in Medien

Mut zur Sozialdemokratie“ überschreibt Garrelt Duin ein Positionspapier über die Lage der SPD. Es ist eine nüchterne und klare Schilderung. Sie versucht, die gegenwärtige Schwäche der SPD zu ergründen und Auswege aus der Krise zu suchen, die spätestens mit dem 23-Prozent-Debakel bei der vorigen Bundestagswahl deutlich wurde. Duin verfasste das Papier als Ausfluss einer Klausurtagung von Abgeordneten, die der Gruppe der Seeheimer in der SPD-Bundestagsfraktion angehören. Diese Gruppe steht für eine pragmatische Politik. Garrelt Duin ist einer ihrer drei Sprecher. Um eine breite Streuung zu erreichen und auf Anhieb eine weitgefächerte Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei anzustoßen, wurde das Duin-Papier auf „SPIEGEL Online“ verfasst, einem auch von Journalisten viel gelesenen Medium. Das bestätigte sich am vorigen Mittwochnachmittag, als kurz nach der Veröffentlichung Anrufe und Mails im Minutentakt im Abgeordnetenbüro in Berlin eingingen. Print-, Radio- und Fernsehjournalisten wollten Stellungnahmen und Interviews. Die Anfragenkette riss bis Donnerstagabend nicht ab. Auch innerpar-

teilich stößt das Duin-Papier auf großes Interesse. Viele Mitglieder äußern sich, weit überwiegend positiv. Die meisten sehen es als dringend nötig an, dass die Menschen wieder erkennen, wofür die SPD steht.

Kritiker äußern überwiegend ihre Sorge, dass neue Flügelkämpfe in der SPD entfacht werden. Das Duin-Papier lässt diesen Schluss jedoch nicht zu. Garrelt Duin sieht für Flügelkämpfe absolut keinen Anlass: „Ich nenne keine Namen und keine Gruppierungen, es geht einzig um unsere gesamte Partei. Wir sind alle gemeint. Ohne Debatte über unseren Kurs kommen wir aber nicht voran.“ Das Duin-Papier gliedert sich in acht Punkten. „Ein Jahr nach Dresden: „Zufriedenheit - mit nichts?“ (1), „Der Krise entgegentreten“ (2), „Partei der Arbeit“ (3), „Partei des aktiven Sozialstaates“ (4), „Partei der Freiheit“ (5), „Partei des Fortschritts“ (6), „Partei der Beteiligung“ (7), „Partei des demokratischen Europas“ (8).

Abschließend stellt das Duin-Papier die Fragen, die einer Antwort der SPD harren: „Kämpfen wir offensiv für die Beendigung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik?

Schlagen wir vor, das Kindergeld zu kürzen, um mit den eingesparten Milliarden zweckgebunden und konsequent Bildungseinrichtungen zu finanzieren? Fordern wir Plebiszite für die Bundesebene nur, so lange die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht erreichbar ist, oder machen wir

te Lebens- und Wirtschaftsbereiche, z.B. Landwirtschaft, stärker den Regeln des Marktes unterwirft? Akzeptieren wir das Instrument der Schuldenbremse? Lässt sich die Forderung nach gleichen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland aufrecht erhalten? Wollen wir die Bedingung stel-



klare Abgrenzungen? Welchen Raum haben in der Sozialversicherung künftig die Anteile privater Vorsorge? Gibt es Möglichkeiten bei Sozialabgaben, um Bezieher von Niedriglöhnen zu entlasten? Sind wir bereit, der Forschung und Entwicklung z.B. von Gentechnik mehr Freiheit einzuräumen? Sind wir bereit für ein Programm zum effektiven Subventionsabbau, der bestimm-

len, dass eine Erweiterung der EU unsere Zustimmung nicht finden kann ohne vorherige demokratische Vertiefung der EU? Wie lässt sich außenpolitische Verlässlichkeit mit dem Wunsch nach zügigem Abzug der Truppen aus Afghanistan in Einklang bringen?“ Das Duin-Papier steht im Wortlaut unter [www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

## Batterien für Elektromotoren bei uns herstellen

Niedersächsische SPD-Bundestagsabgeordnete sprechen mit „Autopapst“ Prof. Ferdinand Dudenhöffer

Es wird nicht mehr sehr lange dauern, dann fahren Autos mit Strom. Darauf richten sich die Autobauer längst ein. Nachdem die deutschen Konzerne das Thema Elektroauto relativ lange vorsichtig behandelt haben, geben sie jetzt Gas und stehen im weltweiten Vergleich gut da.

Das sagte der bekannte „Autopapst“ Professor Ferdinand Dudenhöffer im Reichstag in Berlin, wo er auf Einladung der Landesgruppe Niedersachsen-Bremen der SPD-Fraktion über Elektromobilität diskutierte. Während Dudenhöffer wegen stark schwankender Konjunkturzyklen

in der Autoindustrie - mal werden viele, mal weniger Autos gekauft -, dem Ausbau der Zeitarbeit das Wort redete, plädierte Garrelt Duin dafür, mit flexiblen Arbeitszeitmodellen die Stammbeschaften zu stärken. VW mache mit Arbeitszeitmodellen gute Erfahrungen.

Zustimmung findet Dudenhöffer bei der SPD mit seiner Forderung, die Lithium-Ionen-Batterietechnik für Elektromotoren nicht dem Ausland zu überlassen. In dieser Branche könnten 100.000 Menschen Arbeit finden. Damit könne man schwindende Jobs in der Autoindustrie ausgleichen.

# Spitzentechnologie hautnah

Garrelt Duin besucht Currenta Chempark Leverkusen und B. Braun Melsungen AG

Zu den Aufgaben eines wirtschaftspolitischen Sprechers gehört es, sich über die Arbeits- und Produktionswirklichkeit und über Pläne und Probleme in Betrieben zu informieren.

ches gilt für den Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion, die die Themen für die Sitzungen des Wirtschaftsausschusses vorbereitet. Der Wirtschaftsausschuss tagt

vor besuchte Garrelt Duin den Chempark in Leverkusen und die B. Braun Melsungen AG bei Kassel. In Leverkusen diskutierte er das Geschäftsmodell Chempark und die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Chempark-Standorte. Dabei ging es auch darum, wie die Attraktivität deutscher Produktions- und Forschungsstandorte gestärkt werden kann.

Energie die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann. Garrelt Duin: „Energiepolitische Rahmenbedingungen werden von der Europäischen Union gesetzt. Daher halte ich es für sehr wichtig, dass die Probleme der Chempark-Betreiber in Brüssel offen thematisiert werden.“



**Besuch in Leverkusen:** Garrelt Duin wird im Chempark Leverkusen vom Geschäftsführer der Betreiberfirma Currenta, Dr. Klaus Schäfer (rechts), begrüßt. Duin zeigte sich beeindruckt vom Geschäftsmodell Chempark.

„Gespräche mit Betriebsräten, Unternehmern und Verbandsvertretern im Büro sind wichtig, aber sie können den direkten Kontakt am Ort des Geschehens nicht ersetzen“, sagt Garrelt Duin.

recht oft, auch Sondersitzungen sind nicht selten. So wurde für den vorigen Freitagmorgen eine zum Thema Finanzhilfe für Irland einberufen.

So zählen Betriebstermine im Wahlkreis zum Alltagsgeschäft. Aber als Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion ist der Blick über die Heimat hinaus gefragt - und Erkenntnisse und Kontakte, die Garrelt Duin dabei gewinnt, kommen mittelbar wieder heimischen Betrieben zu Gute.

In Berlin trifft sich der Wirtschaftspolitiker fast täglich mit Unternehmern, Betriebsräten oder Gewerkschaftern aus Ostfriesland. Er informiert sich, klärt deren Fragen und vermittelt Gespräche in Ministerien, wenn es nötig ist.

In Berlin stehen regelmäßige Sitzungen des Bundestags-Wirtschaftsausschusses auf der Tagesordnung, in denen Duin die SPD-Fraktion anführt. Gleich

In Chemparks profitieren teilnehmende Firmen von Produktionsverbänden und einer gemeinsamen Infrastruktur. Beispielsweise kann der Wasser- und Energieverbrauch so kostensparend geregelt werden.

Bei B. Braun im nordhessischen Melsungen standen aktuelle Themen aus den Bereichen Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft im Vordergrund. B. Braun ist eines der größten Unternehmen der Branche und weltweit aktiv.

Stromkosten sind in der viel Energie verbrauchenden Chemieindustrie ein entscheidender Faktor. Vor allem, weil die deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen. Geschäftsführung und Betriebsrat der Betreiberfirma Currenta sind sich einig, dass die politischen Rahmenbedingungen stimmen müssen, um die Arbeitsplätze zu sichern. Tatsache ist, dass teure

Begleitet vom örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke konnte sich Garrelt Duin vor Ort ein Bild von der Produktion von hochspezialisierten Medizinprodukten machen. Ein aktuelles politisches Thema, das in den Gesprächen diskutiert wurde, war unter anderem die Aufbereitung von Einwegmedizinprodukten für eine erneute Verwendung.

In der sitzungsfreien Woche da-



**Medizintechnik Made in Germany weltweit gefragt:** Den Ausführungen einer Mitarbeiterin lauschen Garrelt Duin, B. Braun-Vorstandsmitglied Dr. Meinhard Lugan, Dr. Edgar Franke, MdB sowie André Sperl, Manager Government Affairs bei der B. Braun Melsungen AG.

# Steinmeier: Haushalt ist Dokument der Klientelpolitik

SPD-Fraktionschef im Bundestag: Regierung Merkel verspielt Chance für einen nachhaltigen Aufschwung

Der Haushalt 2011 der Bundesregierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben. Das schreibt Frank-Walter Steinmeier, Chef der SPD-Bundestagsfraktion, zu den Haushaltsberatungen.

Wir zitieren ihn weiter: „Der Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden, statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen die weitere Subventionierung des Niedriglohnssektors.

Die Kernbrennstoffsteuer wird nicht einmal das von der Regierung selbst veranschlagte Volumen erbringen, geschweige denn die Oligopolgewinne aus der Laufzeitverlängerung ausgleichen. Die Luftverkehrssteuer zahlen am Ende die Verbraucher. Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben bleiben bestehen. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Der Haushalt exekutiert die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen ‚mehr Netto vom Brutto‘

eine glatte Lüge. Dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Rechts, einen Schulabschluss nachzuholen, die Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für Langzeitarbeitslose, wodurch die gesetzliche Rentenversicherung mit 1,8 Milliarden Euro belastet und auf Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen, oder auch der Tod auf Raten für das Programm Soziale Stadt - diese Schritte sind nicht nur sozial fragwürdig, sie sind schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von Einwanderern.

Schließlich versagt der Haushalt

vor der Aufgabe, Investitionen zu stärken, Innovationen zu dynamisieren und die deutsche Binnenmarktentwicklung zu verbessern, die unsere einseitige Abhängigkeit vom Export ausgleichen würde. Die Kürzungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien, beim Klimaschutz, bei der Städtebauförderung gehen zu Lasten der Zukunft.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei der Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen der Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Schwarz-Gelb will es nicht.“



**Ehrungen für langjährige SPD-Mitgliedschaft in Hinte:** Der SPD-Ortsverein Hinte hat mehrere Mitglieder für ihre lange Mitgliedschaft in der SPD geehrt, darunter auch Garrelt Duin (3. v.l.) und sein Vater, Garrelt Duin, sen. Garrelt Duin, sen. ist seit 50 Jahren in der Partei, Garrelt Duin 25 Jahre. Geehrt wurden auch Richard Janssen (links) und Jakob Konarsky (2. v.r.) für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft in der Partei. Die Laudatio hielt der ehemalige SPD-Landesvorsitzende Johann „Joke“ Bruns (Mitte). Auch die Unterbezirksvorsitzende Hilda Christians (3. v.r.) und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Hinte, Diedrich Brants (rechts), überbrachten herzliche Glückwünsche an die Jubilare.

## Spruch der Woche

„Dass die Debatte über den Einzelplan des Bundeswirtschaftsministeriums mit Rilke beginnt, verleiht unserer Diskussion eine Flughöhe, mit der nicht unbedingt zu rechnen war, was ich aber ausdrücklich begrüße.“

Bundestagspräsident Norbert Lammert nach der Rede von Garrelt Duin, die mit einem Zitat aus dem Gedicht „Herbsttag“ (1902) von Rainer Maria Rilke endete

## Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 - 70145  
Fax: 030 - 227 - 76445  
garrelt.duin@bundestag.de  
www.garreltduin.de